

AUSBILDUNG DER UNGARISCHEN BÜRGERLICHEN ERSTINSTANZLICHEN RICHTERSORGANISATION

DR. GÁBOR MÁTHÉ

leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter

Die Erschaffung der neuen Organisation der Gerichtsbarkeit erfolgte nach dem Ausgleich in mehreren Abschnitten. Zuerst entstand die Regelung bezüglich der höheren Gerichte im Rahmen der Gerichtsordnung vom Jahre 1868. Danach folgte Ges. Art. 4:1869 über die Ausübung der richterlichen Gewalt, welcher die Grundsätze, die Trennung der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit deklarierte. Als dessen Vollführung begann der Ausbau der erstinstanzlichen Gerichtsstruktur.

I. Bestrebungen der Regierung und der Komitate

Die Bestrebungen der Regierung konnten aber nur durch Kompromisse verwirklicht werden. Das konsequente Geltendmachen des Grundsatzes der Trennung der Gewalten wurde am stärksten durch die Munizipien verhindert.

Die Ungeregeltheit des Rechtskreises der Munizipien mit feudalem Charakter, bzw. die allmähliche gesetzliche Ausbildung der Organisationsformen, die den liberalen Grundsätzen entsprachen, leitete im neuen Regierungssystem eine Welle des Widerstands der Komitate ein. Wo die Regierung zögerte, dort wollten sie selbst eingreifen. Mit Hinweis auf ihr historisches Recht reichten sie Modifizierungsvorschläge ein.¹ Bei der Regelung des Munizipalrechts wollten sie im Laufe der Umgestaltung nur soviel von ihren Befugnissen opfern, das unumgänglich notwendig war.²

Im Zusammenhang mit den Reformen der Gerichtsbarkeit können die gemäßigten, die extremen, bzw. die die Reforme eindeutig unterstützenden Ansichten im folgenden zusammengefaßt werden:

a) Bei der Ernennung des Personals der erstinstanzlichen Gerichte sollen die Munizipien nicht nur ein Beratungs-, sondern ein Designationsrecht haben;

b) in den regelrechten, ein formelles Verfahren erfordernden Prozessen sollen ernannte Richter urteilen, aber in Sachen, die kein solches Verfahren erfordern, „in den polizeilichen und kleineren Strafsachen und in anderen

ähnlichen Fragen soll die Gerichtsbarkeit bei den gewählten Beamten der Munizipien bleiben“;

c) das Institut des Friedensrichters soll baldigst ins Leben gerufen werden;

d) bei der Bildung der Schwurgerichte sollen die Aufgaben an die von der Regierung unabhängige Beamten der Munizipien übertragen werden;

e) das Gesetz über die Verantwortung des Richters soll so abgefaßt werden, daß jeder Staatsbürger vor den ordentlichen Gerichten im Falle einer Verletzung seiner Person oder seines Vermögens Rechtshilfe erhalte, ohne daß das Geltendmachen der „Schadenersatzklage“ an eine vorangehende Admission gebunden wäre;

f) das Inkrafttreten der Zivilprozeßordnung (Ges. Art. LIV; 1868) soll bis zur Regelung der erstinstanzlichen Gerichte aufgeschoben werden;

g) Die Gerichtsbezirke sollen nach vorangehender Einholung der Meinung der Munizipien durch die Regierung ausgebildet werden.³

Die obigen, in Adressen ausgedrückten Vorschläge der Komitate zeigen klar, daß sie auf die Durchführung der Aufgaben der Gerichtsbarkeit — zwar beschränkt — aber doch Anspruch erheben; sie möchten zwischen formellen und keine Formalität erfordernden Verfahren unterscheiden, beim ersteren wollen sie die Teilnahme ernannter Richter, beim letzteren die der Verwaltungsbeamten vorschreiben. Zusammengefaßt möchten sie in der Trennung der beiden „Gewaltszweige“ gewisse Befugnisse auch weiterhin der Zentralregierung nicht überlassen. Nur ein Komitat, Zólyom, äußerte eine andere Ansicht und sandte dem Justizminister eine Vertrauensadresse. Darin wurde betont, daß die Gerichtsbarkeit Sache des Staates ist, nicht in die Zuständigkeit der Munizipien gehören kann, folglich müssen die Richter durch die zur Durchführung des Staatwillens berufene verantwortliche Regierung ernannt werden.⁴

Gleichzeitig mit dem willkürlichen rechtskreisbestimmenden Auftreten der Komitate beauftragte die Regierung mit dem Ministerratsbeschluß vom 17. X. 1869. den Innenminister, eine Gesetzesvorlage im Zusammenhang mit der Verwaltungsorganisation vorzubereiten. Der vorbereitete Regelungsplan, der auf dem Grundsatz der Komitatsverwaltung und der Gemeindeorganisation aufgebaut war, wurde durch den Ministerrat vom 10. I. 1870. angenommen.

Das Justizministerium aber beginnt neben der Umgestaltung der Verwaltung, mit den Arbeiten im Zusammenhang mit der Aufstellung der erstinstanzlichen Gerichte. Es verfertigt die Liste der erstinstanzlichen Gerichte, die zum Gebiet der beiden königlichen Tafelgerichte (von Pest und Marosvásárhely) gehören, und im Laufe dieser Arbeit ersucht es den Innenminister, die inzwischen eventuell erfolgte Änderung der Stuhlrichtersitze in der Vorlage durchführen zu lassen.⁵ Es ist für die Beziehungen zwischen dem Innenministerium und den Munizipien charakteristisch, daß die Komitate über die Gebietsänderungen der Stuhlrichterämter keinen Bericht erstatteten; so entstand dann (an die Komitate Ungarns, an die

Öffentlichkeit der Gegend von Kővár, an die Komitate von Siebenbürgen, an die Öffentlichkeit der Gegenden von Fogaras und Naszód) gerichteter Runderlaß, der eine Frist von 8 Tagen zur Durchführung der Nachholung des Versämlten festsetzte.⁶

Die Regierung konnte aber bei den organisatorischen Vorarbeiten trotz allen Bemühens nicht sehr schnell vorwärtskommen. Ges. Art. XLII: 1870. — worin deklariert ist, daß die Munizipien die Selbstverwaltung und die Vermittlung der Verwaltung auch in der Zukunft ausüben können — wurde erst nach einer ganzen Reihe von Zwischenmaßnahmen in Kraft gesetzt. So z.B. der Runderlaß des Innenministers Nr. 14103/1870. (vom 14. VIII), welcher bis zum Inkrafttreten der neuen Organisation, sowohl auf dem Gebiet der Verwaltung, wie auch auf dem der Gerichtsbarkeit, sowie bei der Deckung ihrer materiellen Bedürfnisse, das bisherige Verfahren aufrechterhielt. Bei der Vorbereitung des Komitatsbudgets vom Jahre 1871. verordnete er die strengsten Sparmaßnahmen und die kurzfristige Übersendung des Budgets getrennt nach den beiden Zweigen. Da die Waisenrechts- und Vormundschaftsrechtssachen seit 1871. einen Teil des Munizipalrechtskreises bildeten, mußten deren Kostenauswirkungen in den die Verwaltungsausgaben ergänzenden Haushaltsrubriken eingeplant werden. Die strengen Sparmaßnahmen wurden von den Komitaten größtenteils durchgeführt, aber die Berichte der Vizegespāne widerspiegelten eine unzufriedene Stimmung. Sie beschwerten sich, daß die Gehälter der Munizipalbeamten auch schon früher stark verschieden waren und daß die Konservierung dieses Zustandes unrichtig sei. Sie brachten ferner zum Ausdruck, daß sie zwar jährlich mit einer bedeutenden Summe der Staatskasse zusteuern, davon aber „für ihren bescheidenen Haushalt immer weniger zukommt“.⁷

Gleichzeitig mit den Verordnungen des Innenministers wendete auch das Justizministerium eine größere Aufmerksamkeit den Komitaten zu. Mit zahlreichen Weisungen trachtete es einerseits die im Laufe des Prozeßverfahrens ausgebildete verschiedene Praxis zu vereinheitlichen, andererseits holte es in erster Linie Berichte von den Komitaten ein, aus denen es eine Übersicht über die Lage der erstinstanzlichen Gerichtshöfe, der Einzel- und anderer Gerichte erhalten konnte.

Bei den Munizipien war beim Gerichtsverfahren jene Praxis allgemein angenommen, wonach im Falle der Befangenheit der Stuhlrichter in der verhandelten Sache ihn der Stuhlrichter eines anderen Kreises vertrat. Zur Beseitigung dieser Praxis kam die Weisung 3426/1870. (11. XI.) zustande, die neben der Interpretation der bezüglichlichen Paragrafen (§§. 56, 57) der Gerichtsordnung das Eingreifen in das Recht der Delegation eines Richters verbot, umsomehr, da durch das unbefugte Verfahren im Falle einer Nichtigkeitsklage den Parteien Zeitverlust und weitere Kosten entstehen.⁸ Für das Justizministerium verursachte ferner eine ernste Sorge, daß die Komitatsstrafgerichte in ihrem Verfahren die Freilassungsanträge nicht vor schriftsmäßig erledigten, sie schlossen die Beschlüsse in dieser Sache nicht den Prozeßakten bei. So konnten in den an das königliche Tafelgericht zugeleiteten Strafprozessen meistens die Angaben über die

Untersuchungshaft des Angeklagten nicht festgestellt werden, wodurch die Fällung des Urteils unmöglich wurde. Die Weisung des Justizministers Nr. 19.921/1870. (11. XI.) verlangte die sofortige Abänderung dieser Lage.⁹

Die Weisung Nr. 20.567/1870. (22. XI.) über die Zusammensetzung und Bildung des Gerichts- und Staatsanwaltschaftspersonals der Komitatsgerichtshöfe verlangte die Verfertigung einer Statistik gesondert über das Personal der Zivil- und Starfabteilung der Gerichtshöfe in einer eingehenden Aufteilung, verordnete, daß auch über die summarischen und Marktgerichte der Kreise eine Liste verfertigt werde, ferner wollte man sich über die Verwaltungsaufgaben der Beamten der Gerichtsbarkeit sowie über die Zahl ihrer Dienstjahre informieren. Einen Zustand, der für die Komitatsgerichtsbarkeit kennzeichnend ist, widerspiegelt folgende, als Beispiel zitierte Munizipaladresse: „da die Vorsitzenden des Gerichts und die Richter bei den Zivil-, Straf- und Grundbuchgerichten in geringerem oder größerem Maße mitwirken, werden sie nicht ausschließlich getrennt bei einer oder anderer Abteilung des Gerichtshofes angestellt.“ Daher wurden die Angaben bezüglich des ganzen Komitats in einer Liste zusammengefaßt.¹⁰

II. Friedensgericht – Gerichtshof

Das Gesagte dient zur Problematik der Organisation, des Verfahrens der Kollegial- und Einzelgerichte der Komitate als überzeugender Beitrag. Der Standpunkt der Regierung bezüglich der Regelung der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation widerspiegelt sich im Beschluß der unter Vorsitz des Königs im Mai 1869. abgehaltenen Ministerratssitzung.

Die *Reform der Selbstverwaltungen* begann zur selben Zeit im Zeichen der hier angenommenen Grundsätze.

Als Vorgeschichte müssen zwei Ereignisse genannt werden: die Trennung der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit; das Gesetz, das die Grundsätze festgelegt hat, konnte im Parlament durchgesetzt werden. Die Gesetzentwurf über die erstinstanzlichen Gerichte und über die Staatsanwaltschaften wurde zusammen mit der Forderung der Errichtung des Instituts des Friedensrichters von der Regierung angenommen.¹¹

Die Gleichzeitigkeit der Regelung, d.h. die Vorbereitung der Vollführung des Grundgesetzes (Ges.Art.IV:1869.) ist durch zwei einander folgende Beschlüsse des Ministerrates zu beweisen. Der Ministerrat vom 17. Oktober legte die Umgestaltung der Verwaltung, der vom 20. Oktober die Grundzüge der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation fest.¹² Beide Vorlagen waren vom ersten Monat des Jahres 1870. für die Parlamentsdebatte fertig. Dennoch ging Ges.Art. XLII:1870. über die Regelung der Munizipien um vieles der gesetzlichen Sanktionierung der Änderung der Gerichtsorganisation voran. Welche Ursachen spielten hier eine Rolle, daß ja der Justizminister die Ansprüche der Ausschüsse des Abgeordnetenhauses elastisch in Betracht nahm? Das Wesen der Antwort liegt in der Bestimmung der Verhältnisse, bzw. der Zuständigkeiten der Kollegial- und der Einzelgerichte verborgen. Dessen Bestimmung wollte die Exekutiv-

gewalt für sich behalten. Zugleich wurde die Organisationsform, wieder an einer Ministerratssitzung unter Vorsitz des Königs konkretisiert.¹³

Die erstinstanzliche Gerichtsorganisation hätte aus den *Friedensrichtern* den *königlichen Gerichtshöfen*, sowie für die Bezirke der Hauptstadt aus einem besonderen Wechsel- und Handelsgerichtshof bestehen sollen.

Das Justizministerium wollte mit dem Institut der Friedensrichter ein „neues“ Forensystem einführen:

- die Friedensrichter auf der untersten Stufe der Gerichtsbarkeit, die aufgrund des Vorschlags des Obergespanns vom König ernannt wurden und die Urkunde darüber vom Justizminister erhielten;

- das Kollegium der Friedensrichter – welches das Berufungsforum der Einzelrichter ist; das ist eigentlich ein vom Gerichtshof delegiertes Gericht;

- der königliche Gerichtshof, zu welchem alle Sachen gehören, die nicht zur Zuständigkeit des unteren Forums gewiesen sind.

Bezüglich der Friedensrichter hielt die Vorlage folgende Gesichtspunkte für maßgebend:

- in der in Vorbereitung stehenden Gesetzesvorlage darf die „juristische Bildung“ in der für die Betroffenen festgelegten Qualifikation nicht eine Bedingung sein;

- sie bleiben in ihrem Amt, solange sie ihren Aufgaben entsprechen;

- sie können ohne triftigen Grund von ihrem Amt nicht zurücktreten, aber sie setzen bis zum Eintritt des Neuernannten nach der Enthebung „ihren Dienst“ fort;

- sie erhalten vom Staat kein Gehalt, aber sie dürfen in dem gesetzlich festgesetzten Maß von den Parteien ein mäßiges Honorar empfangen;

- die an sie gerichteten Anträge, die ausgestellten Urkunden sind gebührenfrei.

Die vorgesehene Zuständigkeit der Friedensrichter:

a) *In Zivilstreitsachen*

die im Gesetz taxativ anzugebenden Bagatellsachen, ergänzt mit den Fällen der freiwilligen Unterwerfung.

Diese Kategorie ist dadurch gekennzeichnet, daß das Substrat infolge seiner Geringfügigkeit den ordentlichen Gerichtsweg nicht notwendig hat und zur Erledigung der Sachen nur die richtige und nüchterne Beurteilung der Tatsachen erforderlich ist, welche mit rechtlichen Fragen, die eine „rechtswissenschaftliche Bildung“ beanspruchen, nicht im Zusammenhang stehen.

b) *In Strafsachen*

jene polizeilichen und anderen Übertretungen, für welche das Gesetz oder ein Munizipalstatut die Verhängung einer Geldstrafe verordnet. In diesen Kreis wurden die Feldpolizeisachen, die Verhaftung, der Fall des „in flagranti“, ferner die Verwahrung der Beweisstücke, der Indizien eingereiht.

c) *In außerstreitigen Sachen*

Bestimmung der Flurgrenze: in Fällen der Besitzstörung das Aufrechterhalten des vorläufigen status quo; ferner die Kündigung der „Wohnungsmieteverträge“ sollten zu ihrer Zuständigkeit gehören.

d) *Als Hauptaufgabe*

sollte — für Sachen, für welche sie nicht zuständig waren — das vorangehende Vergleichsverfahren festgesetzt werden.

Von den Friedensrichtern wäre eine einmalige Berufung zum Friedensrichterkollegium möglich gewesen.

Das Kollegium tritt am Komitatssitz monatlich, oder zweimonatlich in einem Fünfersenat zusammen. Der Vorsitzende ist ein delegiertes Mitglied des königlichen Gerichtshofs, der von den auf dem Gebiet des Munizipiums tätigen Friedensrichtern zwei ordentliche und zwei Ersatzmitglieder einberufen konnte, mit Ausnahme der in der Sache in erster Instanz verhandelnden Richter. Die Mitglieder des Kollegiums erhielten während der Sitzung vom Staat ein Tagegeld.

Die königlichen Gerichtshöfe sollten in der genannten Zuständigkeit, in einer Zahl, die dem geltendzumachenden System der Mündlichkeit und Öffentlichkeit entspricht, organisiert werden.

Die aufgrund obiger Grundsätze vorbereitete Gesetzesvorlage verfügt auch über den Sitz der Gerichtshöfe so; daß der Justizminister über ihre Gebietseinteilung nach Anhören der Munizipien und der Gemeinden entscheidet.

Ein besonderer Zug des Protokolls des Ministerrates, der die „Grundzüge“ der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation bestimmt, ist, daß es ursprünglich die Aufzählung der zum Inkrafttreten des neuen Systems notwendigen, erwünschten Garantien nicht enthält. Das wurde nachträglich vom Justizminister als Klausel des Dokuments niedergelegt.

Wir halten die Kenntnis der Bedingungen für wesentlich, weil nur diese die späteren Abweichungen der neuen Organisation beleuchten.

Der Justizminister fügte folgende Bedingungen zur Verwirklichung des Systems bei:

a) Bei der Regelung der Gemeinden soll als Tendenz zur Geltung kommen, daß zum Dorfrichter nur solche Personen gewählt werden können, die der gesetzlichen Qualifikation des Friedensrichters entsprechen.

b) Bis zum Zustandekommen des Gemeindegesetzes müssen die Stuhlrichter mit den Rechten und Pflichten der Friedensrichter bekleidet werden können. Das würde einem doppelten Ziel dienen. Die Probleme der Übergangsperiode werden dadurch gelöst, d.h. wenn die Friedensrichter in der Zukunft an die Spitze der Gemeindeverwaltung gestellt würden, so kann ihr regelmäßiges Gehalt zu Lasten der Gemeinden gesichert werden.

Andererseits übernimmt der Stuhlrichter als Dorfrichter und Friedensrichter in der Durchführung der Aufgaben der Komitatsverwaltung eine aktive Rolle, und so wäre die Mehrzahl der Munizipalbeamten überflüssig, oder man könnte zumindest ihre Zahl wesentlich herabsetzen.

c) Die Führung der Personenstandsbücher muß — nach Einführung der bürgerlichen Ehe — zur Zuständigkeit der Friedensrichter gewiesen werden. Ein wesentliches Kriterium für ihr Verfahren ist ferner die Gebührenfreiheit der Anträge und Urkunden.

Die Protokollklausel des Justizministers zeugt von der Annahme dieser Bedingungen, bzw. von einer Mahnung zur Ausarbeitung der Gesetzesvorlage nach diesen Grundsätzen.

Wollte die Vorlage, bzw. die Ergänzung des Ministers tatsächlich ein originelles, neues Forumssystem einführen? Wäre eine solche Gesetzesvorlage tatsächlich reell gewesen?

Die Antworten auf diese Fragen stehen miteinander im Zusammenhang. Werfen wir einen kurzen Überblick auf die erste Diskussion. Wir beantworten die Frage unter Verwendung der Forschungsergebnisse von Endre Varga.¹⁴

Es ist bekannt, daß die Organisation der Gerichtsbarkeit zur Zeit des Neoabsolutismus radikal abgeändert wurde. Entsprechend dem Bezirkssystem waren Oberlandesgerichte, unter diesen — zum größten Teil — in den Komitaten Landesgerichte — Comitatsgerichte — Kreisgerichte, während in der untersten Stufe Bezirksgerichte tätig.

Die Bezirksgerichte erschienen in der Organisation der ungarischen Gerichtsbarkeit, als ein bis dahin unbekanntes, neues Institut. Es können zwei Etappen in der organisatorischen Entwicklung der neoabsolutistischen Periode unterschieden werden: die Zeit vor der Umgestaltung von 1854. und die nachher.

In der ersten Etappe wurden Bezirksgerichte erster und zweiter Klasse errichtet. Die Mehrzahl bildende zweitklassige Bezirksgerichte urteilten in Zivilsachen und im Falle geringerer Übertretungen. Ihre erstklassigen „Collegial-“ Foren verfuhrten in Strafsachen, die kein landesgerichtliches Verfahren erforderten, aber in ihre Zuständigkeit gewiesen waren, als „Bezirks-Collegialgerichte“.

Hier ist der erste Berührungspunkt mit der an der Sitzung des Ministerrats vorgelegten Organisation. Die Kompetenz der Friedensrichter ist dem Wesen nach identisch mit der des Bezirksgerichts, und das Berufungsforum, das Kollegium der Friedensrichter ist — mutatis mutandis — analog mit der des erstklassigen Bezirksgerichts.

In der zweiten Etappe des absolutistischen Systems hörte die obige doppelte Organisationsform auf. Die Verwaltung und Gerichtsbarkeit vereinte sich wieder als Aufgabenkreis des Stuhlrichteramtes. Das „gemischte“ Institut mit doppelter Funktion war das Gemischte Stuhlrichteramt. Bei der Ausübung der richterlichen Funktion verfuhr das K.k. Stuhlrichteramt als Bezirksgericht. Diese Lösung ist aber in der weiterentwickelten Variante, in der Ergänzung des Justizministers aufzufinden. Es ist also eindeutig festzustellen, daß es sich nicht von der Einführung eines neuen Systems, sondern von der Reformierung eines schon dagewesenen handelt. Die zur Funktionierung des Systems gebundenen ministeriellen Bedingungen konnten nur bei der zukünftigen Regelung in

Betracht kommen. Die Formel: der Stuhlrichter als Dorfrichter-Friedensrichter, war in der ersten Stufe reell unausführbar. Welche Garantien erhoffte der Justizminister Boldizsár Horváth von der Regierung? Die Angabe der Bedingungen wirkt eher als Garantie und läßt darauf schließen, was für eine Richtung er perspektivisch seiner Reformkonzeption geben wollte.

Tatsache ist, daß er seinen bei der Debatte der Organisationskodifikation vertretenen Standpunkt, den „richtigen Weg“: wonach „von unseren Instituten ohne Zögerung alles zu beseitigen ist, das schlecht ist, dagegen von den ausländischen Instituten nur das Gute zu übernehmen ist, das, was den Bedürfnissen des Landes entspricht“,¹⁵ nicht aufrechterhalten konnte. Das beweist das Los seiner Gesetzesvorlage über die erstinstanzlichen Gerichte, die gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf bezüglich der Umgestaltung der Munizipalorganisation — in Januar 1870 — fertiggestellt wurde.

III. Auf dem System der Kollegialgerichte basierender Entwurf

Das Justizministerium wich anfänglich bei der Ausgestaltung der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation vom obigen Ministerratsbeschuß ab. Wir möchten daran erinnern, daß die Regierung das Recht der Bestimmung der Gerichtssitze, der Gebiete für sich vorbehalten wollte. Dennoch enthielt die Gesetzesvorlage unter Bezugnahme auf Ges.Art. IV:1869. § 21 den Plan der Einteilung in einem besonderen Verzeichnis, das vom Parlament angenommen werden sollte. Durch eine geschickte Teilung sicherte der Entwurf auch der Exekutivgewalt eine Kompetenz: die Einteilung der Gemeinden in Kreise wurde der Exekutivgewalt vorbehalten. Die ministerielle Begründung betonte bei der Organisation der Gerichte folgende Grundsätze:¹⁶

— das erstinstanzliche Forensystem ist auf die Kollegialgerichte aufgebaut, in geringeren und eine schnelle Erledigung erfordernden Sachen verfahren Einzelrichter. Das *plures oculi plura vident*, und damit die unbefangene Rechtssprechung ist besser gewährleistet, ferner kann diese Organisation auch mit den Zielen der zukünftigen Gesetzgebung in Einklang gebracht werden;

— die Kollegialgerichte werden als königliche Gerichtshöfe organisiert, insgesamt werden 133 Gerichtshöfe errichtet. Demzufolge akzeptierte der Entwurf bei der Festlegung der Gerichtssprengel die Stadt- und Komitatsgebiete nicht getrennt, d.h. es wurde mit einem gemeinsamen Sitz kein städtisches und Komitatsgericht errichtet. Bei der Bestimmung der Gerichtssitze hatten aber die bisher mit richterlicher Gewalt bekleideten Städte einen Vorgang. Das Gebiet des Komitats und des Gerichtssprengels bleibt größtenteils gleich. Ausnahme bilden einzelne Kreise oder Gemeinden, bei denen spezielle Gebiets- (Tiefebene, Siebenbürgen) und Verkehrsverhältnisse in Betracht genommen werden.

— Der Gerichtshof ist ein Gericht mit allgemeiner Zuständigkeit, so ist er auch in Handels- und Wechselsachen, in bergrechtlichen Sachen

und auch bezüglich der Finanzklagen zuständig. Nur in der Hauptstadt wird ein besonderer Wechsel- und Handelsgerichtshof errichtet. In bergrechtlichen und Presseangelegenheiten erhalten aber nur einige Gerichtshöfe eine Jurisdiktion.

— Die Gerichtshöfe sind auch die Grundbuchbehörde, ausnahmsweise kann für einzelne Städte und vom Sitz entfernt liegende Gemeinden (für die letzteren beim Bezirksgericht) ein Grundbuchamt errichtet werden.

Es wird aus der Begründung klar, daß der Justizminister sich tatsächlich an die Bestimmungen des Gesetzes, das die Grundsätze festgelegt hatte (Ges. Art. IV:1869.) hielt. Er unterordnete dem sogar das Geltendmachen des Standpunktes der Regierung. Er baute die erstinstanzliche Gerichtsorganisation auf das System der Friedensrichter, der Bezirksgerichte und der Gerichtshöfe auf. Er nahm im Entwurf das Institut der Friedensrichter auf, aber die Regelung überließ er einem besonderen Gesetz. Wir haben auf dessen Ursachen hingewiesen, denn die Regelung der Verwaltungsorganisation war noch im Gange. Die Sicherung des Primats des Kollegialgerichts bestimmte aber — in Kenntnis obiger Grundsätze — die neue Konstruktion, sie stand damit in Einklang. Mit Hinsicht auf die offengelassene Regelung bezüglich der Friedensrichter bezeichnete der Entwurf die Bezirksgerichte als Einzelgericht. Zu den Gerichtshöfen gehörten ein oder mehrere Bezirksgerichte — gemäß dem Entwurf waren es insgesamt 369 —, der Leiter war der Bezirksrichter, bzw. sein Stellvertreter der Vizebezirksrichter. Mit der Leitung kleinerer Bezirksgerichte konnte der Vizebezirksrichter beauftragt werden.

Falls der Sitz des Bezirksgerichtes und des Gerichtshofes derselbe war, sind zur Besorgung der Aufgaben des Einzelrichters vom Gerichtshof delegierte Richter (bei Vizebezirksrichters Notare) vorgegangen. Diese Lösung des Entwurfs ist mit dem während des Neoabsolutismus aufgestellten delegierten Gericht identisch, mit dem Institut des Städtischen delegierten Gerichtes, oder mit anderem Namen des Städtisch-delegierten Bezirksgerichts.

1. Störung des Gleichgewichts zwischen dem Kollegial- und Einzelgerichtssystem

Der Justizminister unterbreitete im Jahre 1870. während der ersten Sitzungsperiode den Entwurf dem Parlament. Entsprechend der Verhandlungsordnung des Abgeordnetenhauses befaßten sich damit die Sektionssitzungen, dann das Zentralkomitee. Als Ergebnis wurden einige Änderungen eingebracht, so z. B. auch vom Minister angenommen die Beseitigung der Städtisch-delegierten Bezirksgerichtsform, mit der Forderung der Errichtung eines selbständigen Bezirksgerichts neben dem Gerichtshof an einem gemeinsamen Sitz.¹⁷ Jene Änderung aber war wesentlicher, wonach das Verzeichnis der Zahl und der Sitze der Gerichte aus dem Entwurf herausgehoben und eine Regelung in einem besonderen Gesetz gefordert wurde. Die Teilung des Entwurfs erklärt das Zustandekommen der beiden späteren Gesetze, des Ges. Art. XXXI:1871. über die Regelung der

erstinstanzlichen Gerichte, und des Ges. Art. XXXII: 1871. über die Einführung der Gerichtshöfe und der Bezirksgerichte. Die Aufteilung der Grundsätze der Regelung und der geplanten Art der Durchführung war aus zwei Gründen unvermeidlich. Der eine folgte aus der Stellungnahme der Regierung, die den Antrag für unausführbar erklärte.¹⁸ Der andere war die Flut von Eingaben seitens der Munizipien und Gemeinden, ergänzt mit Meinungen und Vorschlägen von Körperschaften, deren Wesen eigentlich das war, daß wo bisher ein Gericht vorhanden war, dieses aufrechtzuerhalten ist, oder bei anderen neue aufzustellen sind. Auch die in der Thronrede verlauteten Grundsätze bewiesen die eigentümliche Deutung der in den an das Abgeordnetenhaus und Magnetenhaus zugesandten Eingaben abgefaßten Forderungen, wonach die Gerichtssitze unter Beachtung der Bedürfnisse der Bevölkerung und des öffentlichen Verkehrs festgelegt werden. Die Gerichtsorganisation wuchs auf diese Weise zu einer „Landesrestauration“, wobei der ursprüngliche Entwurf zu einer Frage der „Gebietsregelung“ schrumpfte.

Gegenüber der Zurückhaltung der Regierung infolge finanzieller Überlegungen und dem Druck der aufgrund des Virilismus organisierten Munizipien bedeutete die Initiative des Justizministers einen Schritt vorwärts. Er unterbreitete dem Plenum in der zweiten Sitzungsperiode des Parlamentszyklus einen Beschlußantrag. Er beantragte die Entsendung eines Ausschusses mit 20 Mitgliedern vom Abgeordnetenhaus zur Festlegung der Gerichtssitze nach einer vorangehenden gründlichen Untersuchung. Die Delegierten mußten im Laufe ihrer Arbeit unter Beachtung der bestehenden Komitatsgrenzen, der Bevölkerungsverhältnisse, des Parteienverkehrs der Urteilsforen hauptsächlich die Frage beantworten, ob sie „ein kleineres Kollegium in größerer Zahl, oder weniger aber größere Kollegien für zweckmäßig halten.“¹⁹ Das Abgeordnetenhaus delegierte nach einer formelle Fragen berührende längere Debatte am 25. X. 1870. einen Ausschuß mit 25 Mitgliedern.

Die Fragen der Organisation der erstinstanzlichen Gerichte wurden von diesem Zeitpunkt an in den beiden Ausschüssen des Abgeordnetenhauses behandelt. Der ursprüngliche Entwurf blieb bei dem aus den Referenten der Sektionen gebildeten Zentralkomitee. Die Entscheidung der Zahl und der Sitze war die Aufgabe des 25-er Ausschusses, jenes Ausschusses, der eine wichtige Rolle bei den Manipulationsbestrebungen spielte. Alles, was im Plenum unerreichbar war, versuchte die Regierung hier durchzusetzen. Vor allem wollte der Justizminister diese Abgeordnetengruppe zum Schutz seiner Reformkonzeption verwenden. Das war der Zweck der Delegation dieser Körperschaft und die Erzwingung der Stellungnahme in der Hauptfrage – in der Bestimmung des Verhältnisses zwischen den Kollegial- und den Einzelgerichten.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die Regierung die Aufstellung von 133 Gerichtshöfen und 369 Bezirksgerichten gemäß dem ersten Entwurf mit Hinweis auf finanzielle Gesichtspunkte in Frage stellte. Ihrer Meinung nach sollte die Zahl der Gerichtshöfe verringert und gleichzeitig die der Bezirksgerichte erhöht werden.

Der Justizminister gab seinen Standpunkt nicht auf, obgleich er gezwungen war provisorisch im Geist der Empfehlungen der Regierung eine Änderung zu veranlassen. Deshalb wollte er das Verhältnis der Urteilsforen verbunden mit der Festlegung der Zuständigkeiten im 25-er Ausschuß durchsetzen und so das Primat der Kollegialgerichte aufrecht-erhalten.

Der Ausschuß konnte infolge der mangelhaften Gerichtsstatistik keine gründliche Analyse durchführen. Größtenteils analysierte er die Eingaben der Komitate, quittierte die Bemerkungen der Abgeordneten, und studierte schließlich die Zahl und Gebietsverteilung der Bevölkerung. Gelegentlich erfüllte er die vom Minister übermittelten Wünsche, unter anderen den Wunsch von Komitat Vas, in Kőszeg einen Gerichtshof zu errichten.²⁰

Zur Zurückdrängung der Flut der Eingaben und der „Pilgerschar“ und zur Beseitigung der grundsatzlosen Kompromisse unterbreitete der Justizminister in Einklang mit dem Wunsch der Regierung einen Antrag. Er gewann für sich die Mehrheit der Ausschußmitglieder und so konnte die Zahl der Gerichtshöfe auf 91 verringert und die Zahl der Bezirksgerichte erhöht werden. Die Zahl der letzteren erhöhte sich aber allzusehr, überstieg die Hoffnungen des Antragstellers. Es wurden nämlich solche Ortschaften zu Bezirksgerichtssitzen bestimmt, wo früher der Geschäftsverkehr im Durchschnitt von 10 Jahren kaum 200–300 Stück überstieg.²¹ Dazu ist noch zu beachten, daß die Erweiterung der Zuständigkeit der Einzelgerichte, mit Grundbuchzuständigkeit für etwa 80 Bezirksgerichte, ferner mit Besitzgerichtszuständigkeit (bis zu einer Wertgrenze von 5000 Ft) an der Tagesordnung stand. Der 25-er Ausschuß benützte diese Gelegenheit und favorisierte die Betroffenen. Er erhöhte nun die frühere Zahl der Bezirksgerichte (369) auf 416. Diese unerwartete Änderung war sowohl für die Regierung, wie auch für den Minister unzufriedenstellend. Die neue Struktur, die das für die Reform der erstinstanzlichen Gerichte vorgesehene Budget um etwa anderthalb Millionen Forint überstieg, wurde von der Exekutivgewalt nicht angenommen.

Der Minister benützte die günstige Gelegenheit und ließ den Vorschlag des 25-er Ausschusses durch die Kurie überprüfen. Das, was er vom 25-er Ausschuß nicht erhielt, wurde vom Obersten Gerichtshof erfüllt. Das Appellationsforum mußte auf zwei Fragen seine Meinung äußern:

a) Entspricht das Kollegial- oder das Einzelgerichtssystem besser den Verhältnissen des Landes?

b) Gibt es Bedenken, und wenn ja, welche gegen den Vorschlag des 25-er Ausschusses, insbesondere gegen die Erweiterung der Zuständigkeit der Bezirksgerichte?

2. Die Kurie für das Primat der Kollegialgerichte

Beide Sektionen der Kurie vertraten denselben Standpunkt. Die Meinung des vom Kassationshof delegierten Ausschusses wurde durch einen Beschluß des Plenums bestätigt.²² Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses des Obersten Gerichtshofes lieferte genug Argumente für den

Minister zur Unterstützung seiner weiteren Absichten.²³ Auf Eingebung des Leiters des Ministeriums war — mit Hinsicht auf wichtige finanzielle Gesichtspunkte, d.h. auf die Regierung — die Meinung der Kurie in der Hauptfrage: in der Berechtigung der Erweiterung der Zuständigkeit der Einzelgerichte abweisend.

Es sind die Erfahrungen des Obersten Gerichtshofes über die Tätigkeit der Stuhlrichter, über die Vorschriftswidrigkeit des Verfahrens, über den Anstieg der Nichtigkeitsklagen, über die große Zahl der Zurückweisungen zu einem neuen Prozeß bekannt.

Neben der Betonung obiger Tatsachen hat das Elaborat die Folgen des zwei Jahrzehnte währenden Justizprovisoriums, sowie die Fragen der Zuständigkeit untersucht. Die verschiedenen Perioden der Zeit seit 1848. ermöglichten keine kontinuierliche Gerichtspraxis. Einerseits wurden die alten Richter mit größerer Erfahrung zu Gunsten der fremden Richter in den Hintergrund gedrängt. Nach der Entfernung dieser letzteren im Jahre 1860. wurde ein Teil der einheimischen Richter bei den Komitats- und städtischen Beamtenneuwahlen nicht in Betracht genommen und jene, die in Betracht genommen wurden, mußten eine neue Praxis kennenlernen. Auch nachher konnte sich kein erstinstanzlicher Richterstand mit kontinuierlicher Praxis ausbilden, weil infolge der Wahlen wegen der permanenten Änderungen immer wieder neue Richter angestellt wurden. Jene Vorstellungen, die sich auf die Gewinnung der hervorragenderen Vertreter der Rechtsanwaltschaft richteten, konnten keinen Erfolg haben, weil sie diese Aufgabe infolge ihres „nutzbringenden Berufs“ sinngemäß nicht auf sich nahmen.

Drei Umstände machten die weitere Ausdehnung der Kompetenz unbegründet. Erstens das Verfahren, das aufgrund der Mündlichkeit und der Unmittelbarkeit in Kraft treten sollte, das wieder die Einengung der Kompetenz der Einzelrichter erfordert. Ferner die Regeln der Gerichtsordnung (§. 93), die schon an sich weite Möglichkeiten den Einzelrichtern einräumten. Schließlich schien die Dezentralisation des Grundbuchinstituts — infolge „des Mangels eines Richterstandes mit hervorragender Fachbildung“, sowie „wegen Nichtvorhandenseins der materiellen Bedingungen“ — „für das Justizwesen außerordentlich gefährlich“ zu sein. Die Kurie sah die richtige Führung der Grundbücher nur auf der Ebene der Gerichtshöfe gesichert, und machte den Vorschlag der Erhöhung der Zahl der Gerichtshöfe in diesem Zusammenhang. Sie betonte nicht die Erweiterung der Kompetenz der Einzelrichter, sondern die Dezentralisierung der Komitatsgerichtshöfe, „d.h. sie drängte dort, wo es notwendig ist, auf die Aufstellung von mehreren Kollegialgerichten (allerdings mit weniger Richtern), welche auch die Aufgaben der Einzelrichter erfüllen können.“²⁴

3. *Das Geltendmachen des Systems der Kollegialgerichte*

Der Justizminister zog im Besitz der Unterstützung der Kurie, andererseits auch unterstützt von der Regierung, nach Erwägung der finanziellen Lage seine früheren Modifikationsvorschläge bezüglich der Einzelgerichte

zurück. Er konnte zur geplanten Erföhrung der Dorfrichter-Stuhlrichter-Friedensrichter-Form nicht allzuviel Hoffnungen knüpfen, infolge des schon im Parlament behandelten Gesetzentwurfs über die Regelung der Gemeinden.²⁵ Er sorgte von der Vorbereitung eines neuen Entwurfs. Er initiierte die Aufstellung von 91 Gerichtshöfen für Ungarn und 21 für Siebenbürgen. Das letztere war zugleich mit einer neuen „Gebietsaufteilung“ Siebenbürgens verbunden. Jene Teile der Munizipien, die in das Gebiet eines anderen eingekeilt waren, sollten abgetrennt und „unter möglichsten Beachtung der nationalen Interessen“ zu einem zusammenhängenden Territorium gestaltet werden.

Das 25-er Komitee mußte seinen größtenteils grundlos gewordenen, überprüften Entwurf revidieren. Es nahm die Verwerfung der Dezentralisierung des Grundbuchs zur Kenntnis. Es hatte keine andere Wahl, da es ja in der Frage der Kompetenz schon im ersten Gang von dem delegierenden Abgeordnetenhaus keine Ermächtigung erhielt. Es durchführte die neuen Arbeiten — nach den lehrreichen Antezedenzen — mit größerer Vorsicht. Es legte die erstinstanzlicher Gerichtsorganisation unter Beachtung der Eingaben und Gesuche der Munizipien und der Gemeinden, die das Abgeordnetenhaus an das Komitee überwiesen hatte, und hauptsächlich unter Beachtung der bestehenden Zuständigkeit der Gerichte fest: es bestimmte 115 Gerichtshöfe und 407 Bezirksgerichte.²⁶

Der Entwurf des 25-er Komitees war wieder abweichend. Es schlug um 13 Gerichtshöfe und um 47 Bezirksgerichte mehr, als der genannte Entwurf des Ministers vor. Mit dieser Entscheidung sich die Reformkonzeption des Ministers teilweise als richtig, dagegen blieb der Wunsch der Exekutive unerfüllt. Was war der Standpunkt der Regierung in dem oft erwähnten finanziellen Thema? Eine Zauberszahl, d. h. die Kosten der Gerichtsbarkeit, auch das Budget der höheren Gerichte und der Gefängnisse inbegriffen, durften 10 Millionen Forint nicht übersteigen.²⁷ Beide Versionen des 25-er Komitees wichen vom Entwurf des Ministers ab, wobei sie diese Größenordnung überschritten.²⁸

Die Regierung konnte bei dem Komitee als Ergebnis einer unermüdlichen Manipulation von über einem halben Jahr soviel erreichen. Von den zahlreichen Arten der Pressionierung heben wir nur den letzten Kampf hervor, der am Ministerrat vom 16. IV. 1871. beschlossen wurde und eine Mehrheit von 102 : 360 sicherte. Zur Feststellung der Sitze und der Zahl der Bezirksgerichte betrachtete Boldizsár Horváth, der die Vorläe unterbreitete, die Möglichkeit der Ermächtigung als einzige Lösung. Und zwar mit der Einschränkung, daß eine Einwohnerzahl zwischen 30 — 40 000 die Grundlage der Organisation bildet und die endgültige Feststellung im Einvernehmen mit dem interessierten Munizipium erfolgt. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Bezüglich der Gerichtshöfe verfügte der Regierungsbeschluß, daß von den vom 25-er Komitee für Ungarn vorgeschlagenen Gerichtshöfen die von Czegléd, Losoncz, Privigyé, Sümeg, Kőszeg, Gyöngyös, Bártfa, Margita, Nagyszalonta, Szatmár-Németi, Szarvas, Nagy-Szent-Miklós, von denen von Siebenbürgen der von Kézdivásárhely gestrichen werden, „und von

diesen einer oder der andere nur im Notfall als Konzession zugesprochen werde.“²⁹ Es ist zu bemerken, daß die Reihe darauf nicht kam, sämtliche Bezirksgerichtssitze sind geblieben. Es wurden ferner die in der Hauptstadt aufzustellenden Foren bestimmt. Einer der beiden Gerichtshöfen wurde für Pest, Újpest, Kőbánya, Buda und Óbuda, mit einem Teil seiner Senate mit Sitz in Buda errichtet, die Zuständigkeit des anderen erstreckte sich auf die Umgebung der Hauptstadt.

Das 25-er Komitee blieb in seinem, am 1. Mai publizierten Bericht bezüglich der Zahlenmäßigkeit unerschütterte, und hielt die 115 Gerichtshöfe und die 407 Bezirksgerichte aufrecht. Dagegen akzeptierte es den an der Sitzung des Ministerrats genehmigten Entwurf des Ministers bezüglich der Bezirksgerichte damit, daß der Minister nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der neuen erstinstanzlichen Gerichtsorganisation einen auf genauen statistischen Daten beruhenden Entwurf vorlegen muß, und über die endgültige Organisation der Gerichte das Parlament entscheiden wird.³⁰

Die Verhandlung der Reformschöpfungen von Boldizsár Horváth vor dem Plenum war aber durch ein unerwartetes, oder vielleicht absichtliches (?) Ereignis gefährdet. Ein Erlaß des Herrschers verordnete für den 22. Mai die Einberufung der Delegationen. Das bedeutete, daß die zweite Sitzungsperiode des Parlaments verkürzt wurde und nur drei Wochen für die Verhandlung der noch nicht verabschiedeten Gesetze über die Gerichtsorganisation übrig blieben. Damit ist der Abschluß der Gerichtsorganisation zweifelhaft geworden.

Der Justizminister verteidigte mit einer beispiellosen Energie die Durchführung der Reformkonzeption und erzwang die Verhandlung der Entwürfe. Er ließ die noch im Gang befindlichen Arbeiten des Komitees des Abgeordnetenhauses beenden, das eine Vorbedingung war, und das Abgeordnetenhaus akzeptierte eine Verhandlungspause des Plenums von drei Tagen. Er ließ den Entwurf des Jagdgesetzes von der Tagesordnung mit der Begründung nehmen, daß das nur das Privileg einzelner Klassen ist, während die Gerichtsbarkeit eine Frage ist, die Millionen Berührt. Das Manöver des Herrschers beeinflusste sogar das Verhalten von Tisza, der der größte Gegner war, und die auf Einzelheiten eingehende Diskussion mit dem Minister lieferte dem Wesen nach die Grundlage der allgemeinen Debatte des Entwurfs über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichte.³¹ Mit der eingehenden Verhandlung nach Paragraphen wurden also die Gefahren teilweise abgewendet. Das II. Kapitel des Entwurfs — dessen Aufnahme in ein besonderes Gesetz nur die Sektionssitzungen, dann das Zentralkomitee annahmen — blieb aber zusammen mit der Problematik der Zahl und der Sitze auch weiterhin eine offene Frage.

Die Vorbereitung des endgültigen Kompromisses, die Orientierung der Regierung wurde wieder vom Justizminister übernommen. Das war seine letzte Anstrengung, das Schwanenlied seines Auftretens im Ministertrat. Am Ministerrat vom 4. Mai 1871. unterbreitete er für das „Übereinkommen“ mit dem Parlament drei Möglichkeiten:

- a) die vollständige Annahme des Entwurfs des 25-er Komitees,
- b) volle Ermächtigung für sein Ministerium,
- c) die Inbetrachtung des Entwurfs des Komitees des Abgeordnetenhauses in modifizierter Form.

Gemäß der dritten Variante werden vorläufig die im Entwurf des Ministeriums angegebenen 102 Gerichtshöfe und 360 Bezirksgerichte unter Beachtung der im Entwurf des 25-er Komitees bezeichneten Sitze aufgestellt, wobei das Recht weiterer Änderungen dem Minister vorbehalten wird. Nach zwei Jahren entscheidet die Gesetzgebung über die endgültige Organisation.

Die Vorlage hob besonders hervor, daß die abweisende Komiteeentscheidung im Zusammenhang mit den einzelnen Gehaltsklassen unhaltbar ist. Das Ziel des höheren Betrags für die Vorsitzenden war, daß die Beisitzenden des königlichen Tafelgerichts für die Bekleidung dieses Amtes gewonnen werden können.

Der Regierungsbeschluß wählte die dritte Lösung. Er besagte *expresso verbis*, daß die Ermächtigung nicht mehr gangbar ist, es ist sogar wahrscheinlich, daß sie auch innerhalb der Deák-Partei auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde. Das trieb den Minister zu einem entscheidenden Kompromiß: er machte den Entwurf des 25-er Komitees von der Durchsetzung der dargestellten Modifikationen im Parlament wieder abhängig.

Die Offenheit der Exekutivgewalt war durch nichts besser gekennzeichnet als dadurch, daß sie den Justiz- und Finanzminister beauftragt hat: „... die Absicht der Regierung an der Abendsitzung der Deák-Partei (am 4. Mai) mitzuteilen und sie durch entsprechende Argumente wirkungsvoll zu unterstützen.“³²

In der Parlamentsdebatte gleichzeitig mit der Ministerratssitzung reichte Ernő Simonyi vom äußersten Linken für das II. Kapitel des Entwurfs einen Gegenantrag ein. Es weist auf die Vorsichtigkeit von Deák hin, daß es gelungen ist gelegentlich der Modifikation die Behandlung der inkriminierten Paragraphen in Schwebe zu halten.³³ Er konnte noch keine Nachricht über die Entscheidung der Regierung haben, aber er wußte genau, daß auf der bevorstehenden Parteisitzung bis zur Einigung unbedingt Zeit zu gewinnen ist.

Der unmittelbare Mitarbeiter Deák's, der Initiator der Justizreform und Helfer ihrer praktischen Verwirklichung und deren unerschütterlicher Anhänger, der Justizminister Boldizsár Horváth nahm aber in diesem politischen Handel nicht mehr teil. An der Parlamentsverhandlung der Gesetzentwürfe bezüglich des Ausbaus der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation vertrat ihn sein Beauftragter Döme Horváth. Trotz der gegen ihn organisierten Angriffe im Parlament trat er nicht zurück, bis er die Annahme seiner Anträge nicht feststellen konnte. Die Fraktionen trachteten den in den parteipolitischen Kämpfen zum Opfer gefallenem Minister auf die listigste Weise unmöglich zu machen. Neben der Aussicht auf ein Mißtrauensvotum über zynischen Verleumdungen bis zur unmittelbaren Unmöglichmachung wurden sämtliche Mittel gegen ihn angewendet. Als

Bespiel für das letztere, leitete der Abgeordnete Albert Németh das Gesuch von János Tolnay aus Hadház an das Abgeordnetenhaus weiter, das die Forderung eines Anklageverfahren enthielt.³⁴

Der Ministerpräsident unterbreitete das Entlassungsgesuch von Bolzizsár Horváth am 1. Juni 1871. dem Herrscher. Nach der königlichen Genehmigung von 5. Juni eröffnete sich die Möglichkeit, den ersten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, den Vizepräsidenten der Delegationen, István Bittó zu ernennen. Jenen Nachfolger, den Gyula Andrássy mit bester Überzeugung empfohlen hatte, da „seine loyale Gesinnung gegenüber dem Herrscherhaus, seine feste Treue zu den Regierungsgrundsätzen“ eine sichere Garantie bildete, daß er „seine Aufgabe in Einklang mit den Absichten der Regierung lösen wird.“³⁵ Zur Durchführung der anzunehmenden Organisationsgesetze brauchte die Exekutivgewalt eben eine solche Gestalt.

IV. Der „letzte Handel“ zur Annahme der Gesetzesvorlagen

A) *Regelung der erstinstanzlichen Gerichte*

Die im Abgeordnetenhaus am 3. Mai beginnende ausführliche Debatte ergab mehrere Modifikationen der ursprünglichen Gesetzesvorlage. Auf diese Änderungen möchten wir — zwecks besserer Übersicht — bei der Vorführung der endgültigen Struktur des Gesetzes (Ges.Art. XXXI : 1871) hinweisen.

Ges.Art. über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichte hat als Organisation dieser Gerichte das Bezirksgericht, den königlichen Gerichtshof und den Handels- und Wechselgerichtshof von Buda-Pest bestimmt. Die Bestimmungen bezüglich der Friedensrichter wurden aus sämtlichen Paragraphen der Gesetzesvorlage (§§. 1, 2, 19, 20, 26) infolge der Vertagung der Errichtung dieses Instituts gestrichen.³⁶ Neben den Leiter des als Einzelgericht verfahrenen Bezirksgerichts konnten ein oder mehrere Vizebezirksrichter ernannt werden. Bei den aus mehreren Mitgliedern bestehenden Bezirksgerichten besorgte der Bezirksrichter die Leitung der Gerichtsgeschäfte, im Falle seiner Behinderung konnte ihn der Vizebezirksrichter vertreten, der übrigens in den ihm zugewiesenen Sachen als selbständiger Richter verfahren ist.

Die Aufsicht über die Geschäftsgebarung des Bezirksgerichtes übte der Präsident des örtlich zuständigen Gerichtshofes aus. Zur Vertretung der zur Leitung des Bezirksgerichtes beauftragten Personen konnte er von den Mitgliedern des eigenen Gerichtshofes oder von den Mitgliedern anderer Bezirksgerichte einen Hilfsrichter bestellen. Abweichend vom Gesetzentwurf sicherte das Gesetz — auf einen Abgeordneten Antrag —, daß er den am Sitz des Gerichtshofes amtierenden Bezirksrichter als Beisitzenden zur Sitzung des Gerichtshofes im Notfall einladen konnte.³⁷

Bei der Vertretung des Präsidenten des königlichen Gerichtshofes als Kollegialforums hatte — mit Ausnahme des Gerichtshofes von Pest, wo die Stellung eines Vizepräsidenten organisiert wurde — der älteste Beisitzende nach der Reihe der Ernennung den Vorrang. Die Bestimmung des

Richterpersonalstandes der Gerichtshöfe wurde durch das Gesetz provisorisch dem Justizminister überlassen.

Bei den in Wechsel- und Handelssachen verfahrenen Gerichtshöfen nahmen als Bekräftigung des Beisitzersystems nahmen von der Handels- und Gewerbekammer am Sitz des Gerichtshofes zu Hälfte delegierte Beisitzer, an anderen Orten durch den Gerichtshof von den Mitgliedern der Handelskörperschaft, bzw. von den eingetragenen Kaufleuten gewählte Personen am Verfahren teil.³⁸

Das Gesetz legte die Zahl der Richter des mit Hinsicht auf „die lebhaften Verkehrsverhältnisse“ der Hauptstadt und ihrer Umgebung aufgestellten Handels- und Wechselgerichtshofes mit 6 Richtern neben dem Präsidenten, ferner mit 10 Beisitzern, die von der Handels- und Gewerbekammer delegiert werden konnten, sowie in der notwendigen Zahl von Justizsekretären fest.³⁹

Das oben skizzierte I. Kapitel des Gesetzes über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichte wurde noch durch die Annahme zweier Modifikationen ergänzt. Die eine bezog sich auf die Gerichtshöfe mit Berggerichtszuständigkeit und schrieb die Ernennung solcher Richter vor, die zugleich Bergsachverständige waren. Von dem den Entwurf besorgenden Zentralkomitee stammte ferner jene Ergänzung, die die Bestimmung des Ges. Art. XIV : 1870 §. 1, der inzwischen erschienen ist und die für die von den erstinstanzlichen Gerichten berufenen Sachen bestimmte Zahl der Richter berührte — sie modifizierte §. 5 der Gerichtsordnung — auch auf die Strafsachen ausgedehnt hat.⁴⁰

Schließlich berührte §. 12 des Ges. Art., die auf die Gerichtsvollstrecker bezügliche besondere gesetzliche Regelung dadurch, daß der Gerichtshof in begründetem Fall ein Mitglied, bzw. den Bezirksrichter mit der Durchführung der Vollstreckung betrauen kann.

Die Debatte im Abgeordnetenhaus im Zusammenhang mit der Feststellung der Zuständigkeit der erstinstanzlichen Gerichte trachtete vor allem die Kompetenz der Einzelgerichte auszudehnen, in erster Linie durch die allgemeine Übertragung der grundbuchbehördlichen Aufgaben, bzw. in Strafsachen durch die Überlassung der Untersuchungen.

Das Gesetz wies in die Zuständigkeit der kgl. Bezirksgerichte

— jene Zivilprozeß- und außerprozessualen Sachen, die zu den bisher bestandenen Einzelgerichten (Stuhlrichter, Stadtrichter, Bezirksoberrichter) gehörten, und verfügte ebenso über die Strafsachen. Die Strafgewalt erstreckte sich ferner auf mehrere Paragraphen des Ges. Art. XVIII: 1848., des Pressegesetzes (§§. 32, 35, 36, 39, 40, 41, 44), sowie auf die Fälle der Verletzung der Regeln des Ges. Art. XXXI : 1848. im Zusammenhang mit der Genehmigung der Eröffnung der Theater, der Genehmigung von Theatervorstellungen.

Die Untersuchungsberechtigung in Strafsachen wurde durch ein Kompromiß geregelt. Die zum Entwurf vorgelegte Modifikation wollte die Aufgaben des Untersuchungsrichters dem Bezirksgericht zuweisen. Sie hätte die Entsendung der Gerichtshofrichter nur in Ausnahmefällen ermöglicht. Die Intention des Zentralkomitees war eine eben entgegengesetzte. Es hätte

eben das als außerordentlich qualifiziert, wenn das außerhalb des Sitzes des Gerichtshofes befindliche Bezirksgericht die Untersuchung der Strafsache durchführt.⁴¹ Das unkonsequente Ergebnis widerspiegelt sich in drei Paragraphen des Ges.Art. (§§. 5, 6, 16). Dem Wesen nach konnten die Bezirksgerichte auch in Strafsachen, die ihre Zuständigkeit überstiegen, aber auf ihrem Gebiet verübt worden sind, eine Untersuchung durchführen, wenn der Gerichtshof damit nicht seinen eigenen Untersuchungsrichter betraute.

In Strafsachen, die zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörten, verfuhr in zweiter Instanz das kgl. Tafelgericht.⁴²

Zur Zuständigkeit der kgl. Gerichtshöfe gehörten

- die durch die Gerichtsordnung vor die früher bestandenen Kollegialgerichte (städtische, Komitats-, Bezirks-, Stuhl- und regionale Gerichtshöfe) gewiesenen Zivilprozeß- und außerprozessualen Sachen,

- die Wechsel- und Handelssachen, mit Ausnahme der kgl. Gerichtshöfe von Pest und Buda,

- die in Ges.Art. XXI : 1868. §. 79 berührten Schadenersatzklagen,

- die in Ges.Art. XXI: 1868. über die Veranlagung und Eintreibung der öffentlichen Abgaben §. 100 berührten Sachen, in denen die Finanzgerichtshöfe verfahren⁴³

- die urbarialen, Zusammenlegungs- und Identifikationssachen,

- die aufgrund der Gesetze und der Gerichtspraxis zur Kompetenz der bisher bestandenen Kollegialgerichte gehörenden Strafsachen.

Bei der Bestimmung der Kompetenz der kgl. Gerichtshöfe sind zwei Tendenzen zu beobachten. Die schon erwähnte Verschiebung der Verhältnisse zu Gunsten der Einzelgerichte infolge der unkonsequenten Regelung, bzw. die Bekleidung eines Teils der Kollegialforen mit spezieller Jurisdiktion neben der Verkündung der generellen Jurisdiktion.

Für das erstere ist die Gestaltung der Grundbuchregelung ein einleuchtendes Beispiel.⁴⁴ Der Gesetzentwurf ging von der bezüglichen Bestimmung der Zivilprozeßordnung (§. 19) aus. Demnach gehörten die aufgrund der Grundbuchordnung zu erledigenden Sachen zur Grundbuchbehörde. Die Grundbuchbehörde bildete eine besondere Abteilung jener Gerichte, bei denen die Grundbücher geführt waren. Die Aufgaben im Zusammenhang mit den Grundbüchern gehörten aber zur Zuständigkeit der berührten Besitzgerichte. Die Varianten der Erschaffung des Einzel- und Kollegialgerichtssystems, die Versuche der Bekleidung der Einzelgerichte mit Besitzjurisdiktion sind ebenfalls darauf zurückzuführen.

Der Gesetzentwurf bekleidete nämlich eindeutig den Gerichtshof mit der Kompetenz in Grundbuchsachen. Er hätte aber ausnahmsweise ermöglicht, daß die Führung und die Verwaltung der Grundbücher an Einzelgerichte übertragen werde.

Die Debatte im Abgeordnetenhaus kulminierte schließlich in der Teilung der Aufgaben der Grundbuchbehörde und des Grundamtes. Die Modifikationsanträge, die die Bekleidung der Bezirksgerichte mit allgemeiner Kompetenz in Grundbuchsachen bezweckten, rechneten nicht mit den bedeutenden Organisationsunterschieden dieser Foren. Bei der Ausgestaltung

der noch in Schweben befindlichen Gerichtssitze plante der Justizminister die Einführung von vier Typen. Das Geltendmachen einheitlicher Grundsätze war unmöglich, deshalb waren hinter der internen Organisation der Bezirksgerichte im Verhältnis zum Geschäftsverkehr und zur Bevölkerungszahl bedeutende Unterschiede verborgen. Zu einer geringeren Bevölkerungszahl (20 000 Personen) und einem geringeren Geschäftsverkehr sollte ein Vizebezirksrichter, zur Erledigung der größeren Zahl von Sachen neben dem Bezirksrichter ein Unterrichter ernannt werden. In die zwei anderen Kategorien wurden die Bezirksgerichte „mit größerer Bevölkerungszahl“ und „mit größerem Geschäftsverkehr“ — mit Anstellung von zwei Vizebezirksrichtern — eingereiht. Die Zahl dieser letzteren war bestimmend, sie berührte etwa 80 Bezirke, und diese wären bei der Ausdehnung der Besitzjurisdiktion, die der Minister zuerst geplant, dann aber zurückgezogen hatte, in Betracht gekommen.

Die Annahme von zwei Modifikationen des Zentralkomitees bedeutete schließlich die Lösung.⁴⁵ Ein Teil der Intentionen des Entwurfs wurde aufrechterhalten. Die Aufgaben der Grundbuchbehörde wurden nämlich in die Kompetenz der Gerichtshöfe gewiesen, die Führung und die Verwaltung der Grundbücher wurde den neben den Gerichtshöfen organisierten Grundämtern übertragen. Die in Ges. Art. I : 1868. §. 2 vorgesehene Zentralgrundbuchbehörde wurde vom kgl. Gerichtshof von Pest ausgeübt.

Als Konzession wurden aber gewisse Bezirksgerichte — durch Ermächtigung des Justizministers — mit Jurisdiktion in Grundbuchsachen bekleidet auf die Weise, daß das Einzelgericht als Kollegialgericht unter Vorsitz des Bezirksrichters in einem Senat mit zwei Vizebezirksrichtern diese Sachen erledigen konnte.⁴⁶

Auf die Teilung der Zuständigkeit der Gerichtshöfe wies andererseits hin, daß für presse- und bergrechtliche Sachen nur die Zuständigkeit einzelner Gerichtshöfe von der Gesetzgebung festgelegt wurde. Ebenso erkannte sie — im Geiste des Entwurfs, bis zur Regelung des Strafverfahrens — für die Verbrechen der Majestätsbeleidigung, des Landesverrats, der Fälschung von Geld und öffentlichen Kreditpapieren gesondert auf dem Gebiete der kgl. Tafelgerichte, die Kompetenz der kgl. Gerichtshöfe von Pest und Marosvásárhely an.

Der in der Organisation der erstinstanzlichen Gerichte besonders genannte Handels- und Wechselgericht von Buda-Pest erfuhr (auf dem Gebiet der kgl. Gerichtshöfe von Pest und Buda) als Rechtsnachfolger der Wechselgerichtshöfe in Sachen, die gemäß Ges. Art. XV : 1840. II. Teil und Ges. Art. VI : 1844. zu diesen Wechselgerichten gewiesen waren.

Die Debatte im Abgeordnetenhaus über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichte endete teilweise mit Erfolg. Trotz der Kompromisse ist es gelungen, das System der Kollegialgerichte zur Geltung zu bringen. Mit Hinsicht auf die „Anatomie“ der Organisation sind aber noch wesentliche Fragen unbeantwortet geblieben. Der Entwurf des 25-er Komitees bezüglich der Zahl und der Sitze der Gerichte, die während der Parlamentsdebatte für das II. Kapitel des Gesetzentwurfs von Simonyi eingereichte und in Schweben gehaltene Modifikation mußten noch entschieden werden.

B) *Entwurf des 25-er Komitees und das Gesetz über das Inkrafttreten der erstinstanzlichen kgl. Gerichtshöfe und Bezirksgerichte*

Im Abgeordnetenhaus wurde zwischen dem 6. – 12. Mai ein bedeutender Druck für die Annahme der neuen Gerichtsstruktur ausgeübt. Das Plenum verhandelte über den Gesetzentwurf über die königliche Staatsanwaltschaft. Die wegen der Einberufung der Delegationen verkürzte Sitzungsperiode drängte eindeutig auf die Durchführung der Reforme. Die Sektionen, bzw. das Zentralkomitee diskutierte aber über den Entwurf der delegierten Körperschaft (des 25-er Komitees) und über die Modifikationen des Abgeordnetenhauses. Das Geltendmachen der bekannten Taktik der Regierung, die Manipulierung der Deák-Partei erstreckte sich auf sämtliche Foren. So waren schon die ersten Ergebnisse günstig.

Der aus 10 §§. bestehende Entwurf des 25-er Komitees wurde durch das aus den Sektionsreferenten gebildete Zentralkomitee in seinem Bericht vom 10. Mai wesentlich abgeändert.

Die Aufstellung von 115 Gerichtshöfen und 407 Bezirksgerichten wurde verworfen, mit Hinsicht auf die Überlastung des Haushaltsvoranschlags. „Es konnte die Erhebung eines durch entsprechende Angaben nicht unterstützten problematischen Versuchs zu einem Gesetzgebungsakt nicht empfehlen.“⁴⁷ Es warnte davor, daß das Abgeordnetenhaus auf die provisorische Festlegung der Gerichtssitze eingehe. Statt dessen wollte es damit das Ministerium ermächtigen, wobei es einen Termin von zwei Jahren für die Inartikulierung bestimmte.

Mit dem Bericht verloren auch die in Frage stehenden Modifikationen der Abgeordneten ihre Aktualität. Die von Ernő Simonyi und Kollegen anstatt des Kapitel II des ursprünglichen Gesetzentwurfs eingereichten vier neuen Paragraphen wollten nämlich erreichen, daß wo ein Gerichtshof bisher vorhanden war, dieser auch weiterhin bestehen bleibe. Sie hätten sogar die Aufstellung neuer Gerichtshöfe in den kgl. Freistädten und Städten mit geregelter Magistrat zugelassen, wenn ihre Vertretung die Verpflichtung übernimmt im Falle, daß die vom Gerichtshof eingenommenen Gebühren dafür nicht genügen, die Funktionskosten zu decken. Bei der Errichtung der Bezirksgerichte wurde die Bevölkerungszahl von 50 000 und ein Gebiet von 20 Quadratmeilen als maßgebend betrachtet. Aus ähnlichen Erwägungen entstand die Initiative von Ignác Hajdu, der einen neuen Paragraph aufnehmen wollte, wonach die Erteilung der Richterberechtigung von der Wahl der Gemeinden abhängig gewesen wäre. Entsprechend der gewöhnlichen Praxis, aber angepaßt an die neuen Umstände, hätte ein von der Gemeinde bezahlter Beamte nach Bestätigung durch den Justizminister die Richteraufgaben verrichten können.⁴⁸

Mit dem *modus vivendi* des Zentralkomitees konnten natürlich die Bestrebungen, die die Ansichten der Minorität widerspiegeln, nicht in Einklang gebracht werden. Sie wurden im Gegenteil mit einer für die positivistischen staats- und rechtphilosophische Richtung kennzeichnende Begründung zurückgewiesen: die Gerichtbarkeit ist nicht Sache der Municipien, sondern ein für die Staatsgewalt vorbehaltenes Recht.⁴⁹

Der Unterschied zwischen den beiden Komiteeentwürfen kann im folgenden zusammengefaßt werden. Das 25-er Komitee wollte das Provisorium durch die Gesetzgebung festlegen lassen, während die aus den Referenten der Sektionen gebildete Körperschaft die Festlegung der Einzelheiten des Provisoriums der Regierung übertrug. Dieser Unterschied bildete den Gegenstand der Diskussion an der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Mai. Die Annahme der letzteren Variante stimmte mit dem Beschluß des Ministerrates überein. Die gründliche vorbereitende Arbeit der Deák-Partei brachte ihre Früchte. Die Abstimmung über die Aufnahme des Entwurfs des Zentralkomitees auf die Tagesordnung sicherte mit 188 : 129 Stimmen (fern waren 84 Abgeordnete) den Sieg der Regierungspartei. Die allgemeine Debatte spielte sich im Zeichen der wiederholten Angriffe gegen den Justizminister mit Reassumierung der Regelung ab. Die Parlamentsreden bedeuteten schon keine besondere Gefahr, das zeigte auch die Gestaltung der Abstimmung. Die Rede des als Beauftragten des fernbleibenden Ministers auftretenden Döme Horváth: „Iliacos intra et extra peccamur muros“ — die gegenseitige Abwälzung der Verantwortung — löste nicht einmal einen Widerspruch aus.⁵⁰

Der die Achilles-Ferse der ausführlichen Debatte bildende erste Paragraph brachte für die Bestimmung der Zahl der erstinstanzlichen Gerichte mit dem Kommentar des Zentralkomitees einen provisorischen Ausgleich. „Hier handelt es sich aber ... von einem provisorischen Versuch. Vom Gesichtspunkt der Gerichtsbarkeit ist es gleichgültig, ob mit einer geringeren oder größeren Zahl von Gerichten der Versuch durchgeführt wird, weil wenn die Zahl zu hoch ist, sie verringert wird, wenn sie sich aber zu klein erweist, sie zu erhöhen sein wird.“⁵¹ Mit dieser Empfehlung überließ die Gesetzgebung mit einer ähnlichen Stimmenmehrheit wie oben (192 : 127) der Regierung die weitere Organisation der Gerichte: den „provisorischen Versuch“ von 102 Gerichtshöfen und 360 Bezirksgerichten.

Die weiteren Paragraphen (§§. 2–10) wurden — abgesehen von stilaren Verbesserungen — ähnlich behandelt.⁵² Nur der Titel des Gesetzentwurfes wurde auf den Titel „Über das Inkrafttreten der erstinstanzlichen Gerichtshöfe und Bezirksgerichte“ abgeändert.

Die anderthalb Jahre währenden Schwierigkeiten des ursprünglich einen Gesetzentwurfes über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichtsorganisation brachte schließlich zwei Gesetze. Die „verständnisvolle Unterstützung“ hinderte nicht die Sanktionierung, es wurde nur eine genauere Definition durchgeführt.⁵³ Damit wurde die baldige Allerhöchste Bestätigung und mit dem inzwischen verabschiedeten Gesetzentwurf über die Staatsanwaltschaft zusammen, das Entstehen der Gesetze (Ges. Arit XXXI., XXXII., XXXIII. : 1871.), die den Ausbau der Grundlagen dert ungarischen bürgerlichen Gerichtsorganisation abschlossen, ermöglicht.

FUSSNOTEN

- ¹ Landesarchiv (im weiteren OL) OL K 150 BM Allgemeine Schriften 1869. II. 1. 103.
- ² Archiv des Komitats Tolna (imweiteren TmL) Schriften des Vizegespanns 1054/1869.
- ³ Ebenda
- ⁴ Archiv des Komitats Pest, Protokolle der Komitatsversammlung 3033/1869. Komitat Pest hat die Vertrauensadresse zurückgewiesen.
- ⁵ OL K 150 BM Allgemeine Schriften 1869. II. 25394.
- ⁶ Ebenda; vergl. OL K 622 Kie 1870. 20.
- ⁷ TmL Präsidentenakten des Vizegespanns 47/1870.
- ⁸ TmL Akten des Vizegespanns 346/1870.
- ⁹ Vergl. mit dem Standpunkt der Obersten Urteilsabteilung der Kurie; OL K 622 Kie 155/eln./1869.; 1586/IN/1869.; 18978/IME/1869.
- ¹⁰ TmL Schriften des Vizegespanns 945/1870.
- ¹¹ OL K 27., 29. MT 2. V. 1869.
- ¹² OL K 27. 52. MT. 17. X. 1869. (Die Mitglieder des Komitees zur Ausarbeitung der neuen Verwaltungsorganisation waren: Gedeon Tanárky, Lajos Horváth, Bódog Speletich, Gusztáv Groisz, Vilmos Tóth, Sándor Nechrebekzy, Miklós Szabó); OL K 27. 53. MT 20. X. 1869.
- ¹³ OL K 27. 53. MT 20. X. 1869.
- ¹⁴ Bónis, Gy. — Degré, A. — Varga, E.: A magyar bírósági szervezet és perjog története (Geschichte der ungarischen Gerichtsorganisation und des Prozeßrechtes) Budapest LOK 1961., S. 138–140; vergl. Werner Ogris: Die gemischten Bezirksämter (1852–55–1868.) Referat Internationale Rechtshistorische Konferenz, Budapest 1977. S. 12.
- ¹⁵ Tagebuch des Abgeordnetenhauses II. 1869. S. 325.
- ¹⁶ OL K 4 Allg. Schriften des Magnatenhauses 1871–1872. S. 479. (FH) 1871.
- ¹⁷ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 100.
- ¹⁸ Vergl. OL K 27. 84. MT 1870. XII. 28. 13. MT 16. IV. 1871.
- ¹⁹ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XI. 1869. 48. S. 56–57.
- ²⁰ Über die Arbeitsmethode des 25-er Komitees erhalten wir ein charakteristisches Bild durch die Analyse von Ingácz Dietrich, Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 237–238.
- ²¹ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 250.
- ²² OL K 620 KSe 31 eln./1871., 242/IME/1871. Das Präsidium des Komitees bekleidete Vizepräsident Vilmos Lipovniczky. Die Mitglieder waren: Teofil Fabiny, Lőrincz Tóth, Alajos Pap, Kálmán Babos, Emil Manoilovics, Miklós Mersics Richter und Bódog Tóth Präsidialsekretär als Protokollführer.
- ²³ OL K 622 Kie 38 eln./1871. 21. Unter Leitung des Präsidenten der Kammer István Fábrý wurde die Komiteesitzung am 4. II. 1871. abgehalten. Die Mitglieder waren: Vázul László Papp, Ignácz Zsoldos, Sámuel Bónis, Sámuel Szabó Senatspräsidenten, ferner Mihály Hengelmüller, István Kovács, József Kopácsy, Károly Ráth, János Alduleanu, Antal Somoskeőy, Imre Szentgyörgyi, József Csernecky, Alajos Daruváry, Károly Vajkay, Ferenc Karap, Károly Szutsics, Ágoston Lassell Richter und István Hlavács Sekretär als Protokollführer.
- ²⁴ Ebenda
- ²⁵ Vergl. Csizmadia, A.: A magyar közigazgatás fejlődése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig (Die Entwicklung der ungarischen Verwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Errichtung des Räteystems.) Budapest 1976. S. 125–135.
- ²⁶ Schriften des Abgeordnetenhauses IX. 1869. Pest 1871. S. 229–242. 950. Bericht des vom Abgeordnetenhaus delegierten 25-er Komitees über die Vorverhandlung des Gesetzesentwurfes über die Zahl und Sitze der erstinstanzlichen kgl. Gerichte und des damit in Zusammenhang stehenden Voranschlags.
- ²⁷ OL K 27. 13. MT 16. IV. 1871.
- ²⁸ Von den Kostennormen der Gerichtsorganisation zeugen die Dokumente des Parlaments im Vergleich zu den ausländischen Beispielen. Die Regierung plante in das Budget von 1872. je Gerichtshof einen Durchschnittsbetrag von 55 000 Ft, je Bezirksgericht einen von 7 500 Ft aufzunehmen. Dementsprechend entfielen auf die 115 und 407 Gerichte 9 377 500 Ft, auf die vom Minister geplanten 102 und 360 Gerichte 8 310 000 Ft. Vergl. Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 197–198. Folgende Daten geben hauptsächlich für den

Vergleich, nicht aber für die zahlenmäßige Genauigkeit eine Richtlinie. Im Komitat Bihar erhöhten sich die ordentlichen und außerordentlichen Kosten der Gerichtsbarkeit bei der neuen Struktur im Vergleich zur alten um 100 000 Ft (272 : 377 000), in Komitat Pest um 200 000 (377 : 561 000), in Komitat Nyitra um 50 000 Ft (200 : 252 000). Die Verwaltungs- und Gerichtskosten der Komitate, Bezirke, Regionen und Stühle Ungarns und Siebenbürgens betrugen in 1871. 7 398 000 Ft, während in 1872. nur die Gerichtskosten die bestrittenen Werte erreichten. Beachtenswert ist der Vergleich der Bevölkerungszahl des damaligen Frankreichs (40 Millionen) und Ungarns (14,5 Millionen) hinsichtlich der Gerichtsstruktur und des Budget (s. Beilage 4). In Frankreich fungierten 361 erstinstanzliche Gerichtshöfe, 2681 „Polizeigerichte“, 218 Handelsgerichtshöfe, 27 Berufungsgerichte, ein Kassationshof und ein Oberster Gerichtshof, außerdem verfuhr das *cour de justice* monatlich in 59 Städten als Jury, und alldies kostete zusammen mit dem Budget des Ministeriums 28,3 Millionen Frs. Dieser Betrag war nach der Bewertung des Abgeordneten Ernő Simonyi, der das Beispiel brachte, gleichwertig mit 11,5 Millionen Ft. S. Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 211–212.

²⁹ OL K 27. 13. MT 16. IV. 1871.

³⁰ S. Fußnote 26.

³¹ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 63–65, 74, 92–97.

³² OL K 27. 17. MT. 4. V. 1871.

³³ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 114–117.

³⁴ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 128. 212, 234.

³⁵ OL K 26 821/1871 ME; 1616/IME/1871.

³⁶ OL K 26. 795, 880/ME/1871; OL K 4 Allg. Schriften des Magnatenhauses 1871–1872 /1469/IME/1871. S.

³⁷ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 100.

³⁸ Mit den Delegierten der Handelskörperschaften tauchten zahlreiche Probleme auf. Bei der Durchführung dieses Paragraphen des Gesetzes wurde viel versäumt. So wurden in mehreren Fällen solche Besitzer von den Kammern delegiert, die unter einem Strafverfahren standen. Um das zu vermeiden entstand der Runderlaß des Justizministers Nr. 966/IME 1874. vom 25 III., welcher das Geltendmachen des Ges. Art. IV : 1869. Punkt b) und c) auf die Kaufmannbesitzer betonte. Neben der Ausschließung der über keine Unbescholtenheit verfügenden und der unter einem Konkursverfahren stehenden Personen, stellte die Verordnung die Abwicklung der neuen Wahlen unter die Aufsicht der Präsidenten des Gerichtshofs. Vergl. Verordnungsblatt (im weiteren RT) 1874. Budapest 1891. S. 254.

³⁹ Die Festlegung der Anzahl der Richter des Handels- und Wechselgerichtshofs von Buda–Pest erwies sich als ungenügend. Der Justizminister stellte mit der Ermächtigung laut Ges. Art. LXVII : 1871. von den Richtern der abgeschafften Gerichte zwei, dann drei zum Dienst einberufene Richter an. Wegen der bedeutenden Erhöhung des Geschäftsverkehrs des Gerichtshofs (in der ersten Hälfte des Jahres waren es 55 840 Sachen/wurden die mit Ges. Art. XXXVII : 1872. gesicherten weiteren sechs Richterposten besetzt. Vergl. OL K 4. Allg. Schriften des Magnatenhauses 1871–1872. S. 158/FH. 1872. Dem folgte Ges. Art. XIX : 1874. womit die Zahl der Kaufmannbesitzer um weitere 4 erhöht wurde. Vergl. Ungarische Gesetzsammlung, Ges. Art. von 1869–1871., Budapest 1896.

⁴⁰ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI, 1869. S. 111.

⁴¹ Ebenda S. 100–102.

⁴² Das System dieses *medium juris* wurde zuerst in Ges. Art. VI : 1883. eingeschränkt, indem dort in bestimmten Fällen des Strafgesetzbuches und des Übertretungskodex vom Bezirksgericht die Berufung unmittelbar an den Gerichtshof vorgeschrieben war. Mit Inkrafttreten der Strafprozeßordnung wurde der Gerichtshof das Gericht zweiter Instanz mit allgemeiner Kompetenz für die Strafgerichtsbarkeit der Bezirksgerichte.

⁴³ Die Abschaffung der Finanzgerichtshöfe und die Übertragung der Finanzgerichtsbarkeit auf einzelne Gerichtshöfe wurde in Ges. Art. LXVI : 1871. verfügt. Derselbe verfügte weiterhin über die Geltung des Ges. Art. XXI : 1868. Kap. IV (über die Finanzgerichtshöfe) bis zum 31. Dezember 1872., sowie über die provisorische Aufrechterhaltung des Finanzhauptgerichtshofs. Als Durchführung dieses Gesetzes entstand die Verordnung des Justizministers Nr. 646/IME/1871., die 16 Gerichtshöfe mit der Finanzgerichtsbarkeit bekleidete, auf die Weise, daß die 102 Gerichtshöfe in ihren Sprengel gehörten. Vergl. RT 1871. Pest 1872. S. 425–426.

⁴⁴ Das Institut des Grundbuchs beruhte auf dem k. k. Patent vom 15. Dezember 1855. und auf der Verordnung des Justizministers Nr. 264/IME/1870. vom 5. II. 1870., die es auch auf das Gebiet von Siebenbürgen ausdehnte. (Vergl. RT 1870. Pest 1875. S. 163–164.) Ges. Art. I: 1868. über die zentrale Grundbucheintragung der Eisenbahnen und Kanäle übertrug die Führung dieser Grundbücher und die Aufsicht der „Zentralen Grundbuchbehörde“ in der Hauptstadt Pest. (Ungarische Gesetzsammlung Ges. Art. aus den Jahren 1836–1868)

⁴⁵ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 125–138.

⁴⁶ Aufgrund der Ermächtigung Ges. Art. XXXI: 1871. §. 24 erhielten als erste 31 Bezirksgerichte die Kompetenz in Grundbuchsachen mit der Verordnung des Justizministers Nr. 1976. eln. IM. vom 10. VII. 1871. (RT 1871. Pest 1872. S. 234–236.)

⁴⁷ Vergl. Schriften des Abgeordnetenhauses IX. 1869 Pest 1871. S. 229–242, ferner Bericht Nr. 975 des aus den Referenten der Sektionen gebildeten Zentralkomitees betreffend den Entwurf des 25-er Komitees über die Feststellung der Sitze der erstinstanzlichen kgl. Gerichtshöfe und Bezirksgerichte sowie die von den Abgeordneten Ernő Simonyi und Ignác Hajdu eingereichten Modifikationen zum Gesetzentwurf über die Regelung der erstinstanzlichen Gerichte. Ebenda S. 336–340.

⁴⁸ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 112–117, 122.

⁴⁹ Vergl. Szabó, I.: A burzsoá állam- és jogbölcselet Magyarországon (Die bürgerliche Staats- und Rechtsphilosophie in Ungarn), Budapest, 1955. S. 209–211.

⁵⁰ Tagebuch des Abgeordnetenhauses XVI. 1869. S. 251.

⁵¹ Ebenda S. 259.

⁵² Aufgrund der Ermächtigung Ges. Art. XXXII: 1871. §§. 2–3 wurden mit der Kompetenz in bergrechtlichen Sachen 7 Gerichtshöfe (Buda, Selmeczbánya, Rimaszombat, Lőcse, Nagybánya, Oraviczbánya, Gyulafehérvár) bekleidet. Aus dem Entwurf des 25-er Komitees mit derselben Zahl wurden die Gerichtshöfe von Rozsnyó und Abrudbánya außer Acht gelassen. Die Kompetenz in Presseangelegenheiten als Schwurgericht erhielten 10 Gerichtshöfe, eins weniger als es des Komitee des Abgeordnetenhauses vorgeschlagen hatte (Gerichtshöfe von Pest, Pécs, Szombathely, Pozsony, Arad, Debreczen, Kassa, Kolozsvár, Nagyzeben, Marosvásárhely).

⁵³ OL K 4 Allg. Schriften des Magnatenhauses 1871–1872. 8. 479. I–II. (FH)1871.

LE DÉVELOPPEMENT DE L'ORGANISATION JUDICIAIRE HONGROISE BOURGEOISE DE PREMIÈRE INSTANCE

par

GÁBOR MÁTHÉ

collaborateur scientifique à la Chaire d'Histoire de l'État et du droit hongrois à la Faculté de Droit de l'Université «Eötvös Loránd» de Budapest

(RÉSUMÉ)

L'organisation judiciaire hongroise bourgeoise a été créée en plusieurs étapes après le compromis. C'est dans le cadre du Règlement judiciaire de 1868 que la réglementation relative aux juridictions supérieures était la première à naître. La loi n° 4 de 1869 sur l'exercice du pouvoir judiciaire a fixé les principes de base de l'administration de la justice, la séparation de la juridiction et de l'administration, après quoi on a pu assister au développement de la structure judiciaire de première instance.

C'est en se servant des sources d'archives et des documents de parlement que l'étude s'est chargée de présenter celle-ci. Dans son introduction l'étude esquisse les positions prises au niveau départemental et les mesures préparatoires du gouvernement au sujet de l'organisation et les attributions des juridictions inférieures.

C'est la seconde partie qui traite des questions relatives à l'exécution parallèle de la conception de réforme de l'administration et de la justice et surtout des problèmes de la proposition du conseil des ministres portant sur le système des tribunaux de paix et des tribunaux ordinaires.

Ensuite l'étude analyse la discussion des propositions concernant la mise en place des juridictions de première instance et leur entrée en vigueur devant la commission parlementaire et le plénum, les prises de positions de la Curie royale y relatives. Les lois nos 31 et 32 de 1871 ont introduit dans l'organisation judiciaire hongroise bourgeoise — en faisant valoir le principe de la juridiction statuant en chambres — en bannissant provisoirement à la fois le tribunal de paix — le système des tribunaux ordinaires et des tribunaux d'arrondissement.

СОЗДАНИЕ ОРГАНИЗАЦИИ ВЕНГЕРСКОГО БУРЖУАЗНОГО СУДА ПЕРВОЙ ИНСТАНЦИИ

Д-р ГАБОР МАТЕ

научный сотрудник

(Резюме)

Создание организации венгерского буржуазного правосудия происходило после компромисса постепенно. Первым создано регулирование высших судов в рамках процессуального кодекса 1868 г. о правосудии. Закон № 4. 1869 года закрепил основы правосудия и разделение правосудия и государственного управления. После этого следовало создание структуры суда первой инстанции.

Автор научной работы стремится показать процесс последнего на основе источников архива и документов парламента. В введении излагает позиции комитатов в связи с организацией и компетенцией судов низшей инстанции и подготовительные меры правительства. Во второй части занимается вопросами параллельного введения реформы государственного управления и правосудия, прежде всего проблематикой предложения совета министров, относящегося к системе третейских судов и трибуналов.

В дальнейшем научная работа анализирует обсуждение предложений о регулировании и создании судов первой инстанции в комиссии парламента и в пленуме, а позицию кассационного суда. Законы № 31 и 1871 года, реализуя принцип коллективного судопроизводства и ликвидируя на переходное время третейские суды, создали систему трибуналов и окружных судов в рамках организации венгерского буржуазного правосудия.